

RM Just erklärt, dass es seit September 2005 mittlerweile zum vierten Mal die Gaspreise erhöht wurden. Das bedeutet einen Anstieg der Gaspreise in diesem Zeitraum um 50 %. Für die Bürger sind diese Preiserhöhungen nicht mehr nachvollziehbar. Seitens der EWE wird stets auf die steigenden Ölpreise hingewiesen. Nur welche Erhöhung diese steigenden Ölpreise zu welchem Zeitpunkt und wie lange rechtfertigen, ist unbekannt. Die Zahlen dafür hat bisher kein Gasversorger, auch die EWE nicht, dargelegt. Die Bürger sollten ermuntert werden, Widerspruch einzulegen. Denn es ist eine legitime Forderung, bei Preiserhöhungen die Angemessenheit dieser Preise zu überprüfen. Bei der aktuellen Preiserhöhung um 5,9 % kommen noch besondere Umstände dazu, die das Verlangen einer Rechnungsoffenlegung rechtfertigen. So sinken z. B. seit August die Ölpreise und damit auch die Gasbezugspreise. Die EWE hat zwar im Sommer höhere Gasbezugspreise zahlen müssen, erhöht die Gaspreise aber erst zum Winter, was bedeutet, dass relativ wenig Gas teuer eingekauft wurde aber ziemlich viel Gas jetzt in den Wintermonaten verkauft wird. Nachdenklich stimmt auch, dass die EWE die Gaspreise zum 1. 11. erhöht, die Delmenhorster Stadtwerke jedoch eine Gaspreissenkung zum Jahreswechsel angekündigt haben. Diese Preissenkung erfolgt mit der gleichen Begründung wie die Gaspreiserhöhung der EWE, nämlich die Bindung der Gaspreisbindung an den Ölpreis. Sein Appell richtet sich an die Bürger, dieser Preiserhöhung zu widersprechen und zu verlangen, eine nachrechenbare Begründung vorzulegen.

RM Thiesing erklärt, dass den Ausführungen von RM Just nichts hinzuzufügen ist. Er weist aber gleichzeitig auf den seit der ersten Gaspreiserhöhung bestehenden Ratsbeschluss hin, diesen Gaspreiserhöhungen zu widersprechen. Für die Bürger werden im Rathaus entsprechende Vordrucke für einen Widerspruch bereitgehalten.

RM Torkler erklärt, dass es seitens der SPD-Fraktion inhaltlich absolut nichts hinzuzufügen gibt. Es war seit Beginn der sich aneinander reihenden Gaspreiserhöhungen Konsens in Rat und Verwaltung, die Erhöhungen abzulehnen und möglicherweise auch den Klageweg zu beschreiten. Diese Position wird nach wie vor einvernehmlich von Rat und Verwaltung vertreten und ist auch immer wieder deutlich gemacht worden. Er ist der Meinung, dass diese Argumente nicht wiederholt werden müssen. Seitens der Verwaltung wurden die Bürger entsprechend informiert und aufgefordert, sich so wie die Stadt Schortens zu verhalten. Er schlägt vor, nicht jedes Mal eine Aussprache darüber zu führen, wenn es um denselben Punkt geht. Er geht davon aus, dass die Haltung der Stadt Schortens in dieser Angelegenheit fortgesetzt wird.

Nach einem weiteren Diskussionsbeitrag von RM Dr. Eickelberg wird die Diskussion beendet.